

■ Regierungsumbildung in Österreich

Tradition wiederentdeckt

Von Christian Bunke

Karl Nehammer ist nach dem Rückzug von Sebastian Kurz der neue Bundeskanzler Österreichs. Über den bisherigen Innenminister existieren zahlreiche Anekdoten. So lässt er sich gerne in Begleitung martialisch aussehender verummter Mitglieder paramilitärischer Polizeieinheiten ablichten. Um Flüchtlingskinder und deren Familien abschieben zu können, schickt er eben diese Einheiten, um von Mitschülern organisierte Straßenblockaden gewaltsam abzuräumen. Trifft Nehammer beim Spazierengehen mit seiner Ehefrau auf im Stadtpark zusammensitzende Jugendliche, schickt er ihnen per Handy die Bereitschaftspolizei auf den Hals, so geschehen in Wien im vergangenen Sommer. Als die Ultras des FC Wacker Innsbruck einmal ein Transparent mit der Aufschrift »Nehammer Mörder« in die Höhe hielten, hätte der Schiedsrichter fast das Spiel abgebrochen.

Nehammer ist christlich-sozial und autoritär bis auf die Knochen. Die Volkspartei hält er für eine »Bewegung«. Mit ihm an der Spitze konstituiert sich die »traditionelle« ÖVP neu. Damit ist das Projekt von Kurz, der für Faschismus offenen FPÖ durch die Erfindung einer rechtspopulistischen »neuen Volkspartei« mit sich als Alleinherrscher das Wasser abzugraben, vorerst gescheitert. Jeder Politiker aus dem direkten Umfeld von Kurz hat in den vergangenen Tagen seinen Hut genommen. Nehammer regiert mit dem Einverständnis der ÖVP-Landesoblen und der innerparteilichen Bundesstrukturen

aus Landwirtschaft, Industrie und Kirche. In der Krise setzt die ÖVP auf genau jene althergebrachten Strukturen, die Kurz eigentlich abschaffen wollte.

Die ÖVP sieht sich mit einer unübersichtlichen Situation konfrontiert. Obwohl Sebastian Kurz im Sommer auf Plakaten im ganzen Land ausrichten ließ, die Pandemie eigenhändig »gemeistert« zu haben, schnellen die Infektionszahlen in ungeahnte Höhen und bringen das kaputt gesparte Gesundheitswesen an den Rand des Kollaps. Auf den Straßen demonstrieren Zehntausende Impfgegner, angeführt von organisierten Gruppen aus dem faschistischen Spektrum. Viele der Demonstranten kommen aus von der ÖVP kontrollierten Ortschaften. Derweil fordert die Tourismusbranche ein sofortiges Ende aller Lockdownmaßnahmen, um das Weihnachtsgeschäft halbwegs zu retten.

Ungemach kommt auch von den mit der ÖVP koalierenden Grünen. Umweltministerin Leonore Gewessler hat kürzlich aus Klimaschutzgründen eine Reihe großer Straßenbauprojekte gekippt, darunter die Lobau-Autobahn. Wirtschaftsverbände fordern einen sofortigen Stopp des Baustopps. In Wien hat sich in den vergangenen Tagen ein Bündnis aus SPÖ und ÖVP formiert, um Druck für den Autobahnbau zu entwickeln.

Sofortige Neuwahlen sind aufgrund des Umfragetiefs der ÖVP unwahrscheinlich. Eine schwierige Lage, die aber auch Chancen für einen autoritären Rechtspolitiker wie Nehammer bietet.

■ Merkel-Fan des Tages

Dietmar Bartsch



Blumenstrauß via Kurznachrichtendienst – getrieben von dem Wunsch, dazugehören zum großen Tamtam einer bundesdeutschen Politik, die Soldaten längst nicht mehr nur fürs Posaenspielen abkommandiert, sondern dafür, in fernen Ländern unerschuldenen Zivilisten die Lichter auszublasen.

Bartsch führte seiner Ehrerbietung weiter aus: »Sie hatte zu keinem Zeitpunkt in irgendeiner Weise materielle Werte als Maßstab für ihr Agieren. Deswegen war sie in keiner Weise »bestechlich.« Hier beweist der Genosse seinen ausgeprägten Sinn für analytische Tiefenschärfe. Besser Schreibschichtäterin als Beschaffungskriminelle. Wie war das noch in der Euro-Krise? Stimmt, da ging es Merkel um europäische Solidarität. Grüße nach Griechenland!

Allerdings: Aus Bartschs persönlichem Abschiedsgeschenk für Merkel ist nichts geworden. Zwar erzielte Die Linke bei der Bundestagswahl mit ihm als Spitzenkandidaten nur 4,9 Prozent, zog aber dennoch wegen drei gewonnener Direktmandate wieder in den Bundestag ein. Zur Strafe sollte der gebürtige Stralsunder für Merkel einen Rosengarten in der Uckermark anlegen. Oder hätte Bartsch das ohnehin vor? **Jan Greve**

Es sind Momente, in denen man sich fragt, ob eine Welt ohne Twitter nicht eine bessere wäre. Am Donnerstagabend um 21,31 Uhr gab Dietmar Bartsch folgenden Einblick in seine Gefühlswelt: »Wir werden Angela Merkel in der Politik schnell vermissen.« Das war kurz nach dem »Großer Zapfenstreich« genannten Fackelmarsch mit Schunkeleinlage, mit dem Bundeswehr-Soldaten der scheidenden Kanzlerin so etwas wie einen feierlichen Abschied bereiten sollten. Die Uniformträger taen gehorsam ihren Dienst und spielten unter anderem das Lied »Für mich soll's rote Rosen regnen«, wie von Merkel gewünscht. Im Gegensatz dazu streifte sich Bartsch, Führungskraft einer Partei namens Die Linke, die Uniform freiwillig über und überreichte seinen

»Es darf keine Drohgebärden und Sanktionen mehr geben«

Für Frieden mit Russland und China: Am Wochenende finden Konferenzen von Kriegsgegnern statt. Ein Gespräch mit Willi van Ooyen



Willi van Ooyen ist aktiv beim bundesweiten Friedensratschlag und bei der Initiative »Abrüsten statt Aufrüsten«.

Hatten Sie von einem Ampelbündnis anderes erwartet?

Im Wahlkampf spielte Außenpolitik, insbesondere Friedenspolitik, kaum eine Rolle. Wir müssen es uns ankreiden, dass wir es nicht geschafft haben, dieses Thema zur entscheidenden

Frage zu machen. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit wird es nur geben, wenn wir in der internationalen Politik für Entspannung und Zusammenarbeit

sorgen. Weitere Eskalation mit Drohgebärden und Sanktionen – mit der Gefahr, dass Kriege und Gewalt weiter vorangetrieben werden – darf es nicht mehr geben. Nach dem desaströsen Ende des Afghanistan-Kriegs war zu hoffen, dass Rationalität und Nachdenklichkeit einsetzen würde. Nach dem fast 20jährigen Einsatz dort war zu sehen, dass Militär kein einziges Problem löst, sondern nur zu mehr Flucht, Vertreibung und Elend in der Welt führt.

Den Koalitionsvertrag haben wir mit Zorn gelesen und sind alarmiert. Aus dem Papier von SPD, Grünen und FDP geht hervor, dass die Militarisierung weiter fortgesetzt werden soll. Der Friedensratschlag am Samstag wird sich mit der Analyse der zu erwartenden neuen Regierungspolitik beschäftigen. Problematisch ist, dass die Aggressionen gegen Russland und China vorangetrieben werden sollen. Zudem soll atomar weiter aufgerüstet werden, etwa mit neuen Transportflugzeugen für Atomwaffen. Diese Politik bekämpfen wir schon seit Jahren. Die Aktionskonferenz am Sonntag, zu der sich bisher 250 Menschen angemeldet haben, wird darauf reagieren. Mich erinnert vieles an die Situation, als die rot-grüne Bundesregierung, gerade erst an die Macht gekommen, 1999 den Krieg gegen Jugoslawien begann.

Sie befürchten neue Kriegseinsätze der Bundeswehr?

Was in bezug auf die Ukraine ein militärisches Aufrüstungsprogramm beschlossen ist, signalisiert, welche Gefahren bevorstehen.

■ Abgeschrieben

■ Anlässlich des am Freitag weltweit begangenen Tags der Menschen mit Behinderung erklärte Olaf Zimmer, behindertenpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke in der Bremischen Bürgerschaft:

An diesem Tag soll die Situation von Menschen sichtbar gemacht werden, die aufgrund körperlicher, geistiger, seelischer Beeinträchtigung behindert werden. Und das ist in vielen Bereichen des Alltags der Fall. Sei es auf nicht barrierefreien Gehwegen und Straßen, in Schulen und Kitas oder auf dem Arbeitsmarkt.

Gerade im Bereich Werkstätten für Menschen mit Behinderung kam es durch ein faktisches Arbeitsverbot während der Coronapandemie zu sozialen und auch finanziellen Härten. Das von einer Werkstatt bezahlte Entgelt von maximal zwei Euro pro Stunde reicht schon unter normalen Verhältnissen nicht aus und wird vom UN-Fachausschuss dementsprechend kritisiert. Deutschland solle behinderten Mitarbeiter*innen in Werkstätten den vollen Arbeits- und Sozialrechtsschutz garantieren – einschließlich des Mindestlohns, heißt es in einer Entschließung von 2018.

Das ist vollkommen richtig. Schließlich ist in unserer Gesellschaft die finanzielle Unabhängigkeit Grundvoraussetzung für Teilhabe und Mitbestimmung.

■ 28 Hilfsorganisationen fordern Angela Merkel auf, sich in ihren letzten Tagen als Bundeskanzlerin um sichere Fluchtwege für die schutzsuchenden Menschen an der polnisch-belarussischen Grenze zu bemühen. In einer Stellungnahme des Flüchtlingsrats Sachsen-Anhalt heißt dazu:

In einem offenen Brief wird Bundeskanzlerin Angela Merkel dazu aufgefordert, in ihren letzten Tagen im Amt Humanität zu zeigen und sich mit allen Mitteln für die schutzsuchenden Menschen im belarussisch-polnischen Grenzgebiet einzusetzen. 28 nationale und regionale Vereine, NGOs, und Bündnisse erinnern Merkel an ihren Ausspruch »Wir schaffen das!« sowie an die Verantwortung, die die Bundesrepublik als EU-Staat im politischen Konflikt an den europäischen Außengrenzen trägt. Die Unterzeichnenden des Briefs sprechen sich für ein solidarisches und

Gibt es aus Ihrer Sicht einen Punkt, bei dem von der Ampel mehr zu erwarten ist als von der vorherigen Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD?

Dazu fällt mir nichts ein. In ihrem Koalitionsvertrag haben die Ampelparteien etwa in bezug auf den Atomwaffenvertragsvertrag festgelegt, man wolle »als Beobachter bei der Vertragsstaatenkonferenz« die »Intention des Vertrages konstruktiv begleiten«. Das ist nur eine Floskel. Die künftige Regierung will den Vertrag ausdrücklich nicht unterschreiben.

Wie wollen Sie Schwung in die nicht zuletzt durch die Corona-Krise schwächelnde Friedensbewegung bringen?

Die Pandemie trifft uns in besonderem Maße, weil wir bisher durch unsere Aktionen auf der Straße aufgefallen sind. Mit den Ostermärschen 2022 wollen wir dies wiederbeleben und weiter außerparlamentarischen Widerstand organisieren. Wir werden uns internationalisieren und den Protest gegen den Madrider NATO-Gipfel im Juni 2022 vorbereiten. Im Oktober tagte in Barcelona bereits der Weltfriedenskongress des »International Peace Bureau«. Besonderes Augenmerk werden wir auf den US-Luftwaffenstützpunkt im rheinland-pfälzischen Ramstein legen. Dieses Zentrum für Drohnenmorde in aller Welt wollen wir zum Thema machen, wie auch die Atomwaffenstationierung in Büchel. Außerdem werden wir weitere Konferenzen zur Lage in Afghanistan veranstalten, auch um Geld für die Menschen dort zu sammeln.

Interview: Gitta Düperrath

■ Anmeldung: www.friedensratschlag.de und www.abruesten.jetzt

menschenwürdiges Europa aus und fordern die Schaffung sicherer Fluchtwege und die Gewährleistung rechtmäßigen Asyls.

Dazu Helen Defner, Sprecherin des Flüchtlingsrats Sachsen-Anhalt: »Die Ignoranz und Bagatelisierung von Völkermordbrüchen macht uns fassungslos. Es haben schon 13 Menschen ihr Leben verloren, darunter ein einjähriges Kind. Die geschäftsführende Bundesregierung muss sofort einen humanitären Korridor nach Deutschland einrichten. Deshalb fordern wir Frau Merkel dazu auf, ihre letzten Amtstage zu nutzen, um die schutzsuchenden Menschen in Deutschland aufzunehmen.«

»Frau Merkel hat der polnischen Regierung volle Solidarität zugesprochen. Wo Menschenrechte mit Füßen getreten werden, braucht es aber vor allem Solidarität mit den Schutzsuchenden. Deswegen erinnern wir mit einer Vielzahl an Organisationen die scheidende Kanzlerin an ihre Verantwortung. Frau Merkel, schaffen Sie sichere Fluchtwege!« fordert Elena Klopmann von Resqship nachdrücklich.

■ #GrünesLichtfürAufnahme